



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

**Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFi SEFRI**

Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau

Entwicklung 2018–2021 der politischen Bildung in der Schweiz

(Aktualisierung des Berichts des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4095 vom 14. November 2018)

Bern, November 2021

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage und Auftrag	3
2	Allgemeine Bilanz 2018–2021	4
2.1	Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen	4
2.2	Bund	5
2.3	Kantone	5
2.4	Zivilgesellschaft	10
2.5	International	11
3	Anhänge	12
3.1	Anhang 1	12
3.2	Anhang 2	14
3.3	Anhang 3	29
3.4	Literaturverzeichnis	31
4	Glossar	32

Dieses Dokument wird ausschliesslich online veröffentlicht. Zur besseren Lesbarkeit und zur Erleichterung des Zugangs zu den Referenzdokumenten werden die entsprechenden Links in den Fussnoten angegeben.

1 Ausgangslage und Auftrag

Das Postulat «Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz» wurde am 15. Dezember 2016 von Ständerat Andrea Caroni eingereicht und am 6. März 2017 durch den Ständerat angenommen. Es beauftragte den Bundesrat, einen Bericht zu erstellen, der eine Gesamtschau der nationalen Landschaft politischer Bildung vermittelt. Dieser Bericht «Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau, Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4095, Andrea Caroni, 15.12.2016»¹ wurde im November 2018 vom Bundesrat angenommen und veröffentlicht.

In diesem Bericht stellte der Bundesrat fest, «dass es auf allen Stufen und in allen Bereichen des Schweizer Bildungssystems zahlreiche Aktivitäten gibt, die dazu beitragen, die mit der politischen Bildung verfolgte Zielsetzung zu erreichen. Die Massnahmen des Bundes umfassen ebenfalls ein breites Spektrum an Aktivitäten».² Letztlich kam er zum Schluss, dass unbestritten sei, «dass die Schweiz gefordert ist, die Demokratie auf allen Staatsebenen national und international zu stärken. Auch die politische Bildung hat ihren Beitrag dazu zu leisten»³.

Im Übrigen ist es gemäss Bericht wichtig, die bestehenden Zuständigkeiten im Bereich der politischen Bildung zu berücksichtigen und allfällige Lücken im Rahmen dieser Zuständigkeiten zu beheben. Die Autonomie der einzelnen Akteure und das Subsidiaritätsprinzip müssen weiterhin an erster Stelle stehen.

Da auf nationaler Ebene kein Gesamtüberblick über die Tätigkeiten im Bereich der politischen Bildung vorliegt, hat der Bundesrat das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) beauftragt, auf der Grundlage des Berichts von 2018 eine regelmässig aktualisierte Dokumentation zu erstellen. Diese muss kurz und prägnant sein und eine Gesamtsicht über alle Stufen und Bereiche bieten, die mehr oder weniger direkt mit politischer Bildung zu tun haben.

Mit der vorliegenden Aktualisierung soll dieser Auftrag erfüllt werden. Sie umfasst folgende Elemente:

- Eine allgemeine, nicht abschliessende Bilanz zu den politischen und strategischen Massnahmen, die zwischen 2018 und 2021 in der Schweiz und auf internationaler Ebene getroffen wurden (Kapitel 2.1 bis 2.4);
- eine Präsentation von Good Practices im Bereich der politischen Bildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Kantonen. Diese Good Practices sind als Beispiele zu verstehen und geben nur einen kleinen Einblick in die vielfältigen Ergebnisse und umgesetzten Projekte der Kantone (Kapitel 2.3);
- den aktuellen Stand der Massnahmen des Bundes im Bereich der politischen Bildung und neu der Massnahmen im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) nach Zielgruppe (Anhang 2);
- eine Liste der zwischen 2010 und 2021 eingereichten parlamentarischen Vorstösse im Bereich der politischen Bildung (Anhang 3), die zeigt, dass das Thema in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen hat.

Mit dieser Dokumentation soll den Verantwortlichen im Bereich der politischen Bildung auf allen Stufen ein Instrument zur Verfügung gestellt werden, mit dem sie die Nutzung der bestehenden Angebote und Instrumente optimieren, die politische Bildung im nationalen und internationalen Kontext einordnen und allfällige Lücken ermitteln können. Damit wird auch dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung getragen, wie dies vom Bundesrat in den Folgerungen des ersten Berichts gefordert wurde. Die vorliegende Aktualisierung legt den Schwerpunkt auf die kantonalen Good Practices. Diese sind sehr vielfältig und belegen die Dynamik, mit der das Thema in den Schulen behandelt wird, häufig ausgehend von Initiativen der Zivilgesellschaften oder sozialen Organisationen.

Die Arbeiten zur Aktualisierung des Berichts wurden zwischen April und Juli 2021 ausgeführt. Alle am Bericht von 2018 beteiligten Departemente und Bundesämter wurden eingeladen, ihren Teil der Tabelle

¹ <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/54481.pdf>; nachfolgend Bericht Caroni (2018).

² Bericht Caroni (2018), S. 3.

³ Bericht Caroni (2018), S. 13.

zu aktualisieren (Anhang 2). Auch die Gruppe «Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)» des Bundes wurde konsultiert. Das Generalsekretariat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) verfasste Kapitel 2.3 und steuerte damit die in den Kantonen erhobenen Good Practices bei.

2 Allgemeine Bilanz 2018–2021

Der Hauptteil des Berichts von 2018 behält seine Gültigkeit. Kein Bundesamt hat zum Zeitpunkt der Aktualisierung des Berichts eine Änderung des Textes von 2018 gewünscht. Die Informationen im Bericht von 2018 werden in der vorliegenden Aktualisierung nicht wiederholt. Zwischen 2018 und 2021 war das Thema der politischen Bildung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene Gegenstand von Diskussionen und zahlreiche Massnahmen wurden eingeleitet oder umgesetzt. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit stellen wir im Folgenden einige davon kurz vor.

2.1 Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen

Erklärung 2019: gemeinsame bildungspolitische Ziele für den Bildungsraum Schweiz

Der Bund über das WBF (SBFI) und die Kantone über die EDK haben in ihrer Erklärung 2015 zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen⁴ bekräftigt, dass es eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen braucht, um die künftigen Herausforderungen zu meistern. Die Partner halten es für zentral, die Bildung für nachhaltige Entwicklung und die politische Bildung auf allen Stufen des Bildungssystems zu fördern. Die Erklärung 2019⁵ bestätigt, dass diese Themen wichtige Bereiche sind, in denen sich Bund und Kantone abstimmen.

Thesen der Expertengruppe zur Politischen Bildung auf Sekundarstufe II

2016 hat der Bundesrat den Bericht «Staatskundeunterricht auf Sekundarstufe II. Eine Bilanz» in Erfüllung des Postulats Aubert (13.3751) sowie den dazugehörigen Expertenbericht⁶ verabschiedet. In seinem Bericht hat der Bundesrat das SBFI gebeten, in Zusammenarbeit mit der EDK eine Diskussion über den Unterricht in politischer Bildung auf Sekundarstufe II zu führen und die Diskussionsergebnisse in Form von Thesen vorzulegen. Die Arbeiten der Expertinnen und Experten führten 2019 zur Veröffentlichung der «Thesen der Expertengruppe zur Politischen Bildung auf Sekundarstufe II»⁷. Die fünf Thesen richten sich in erster Linie an die Behörden und Gremien, die für die Erarbeitung der Rahmenlehrpläne und Bildungspläne zuständig sind.

Projekt «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität»

Im Rahmen des Projekts «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität»⁸, das dazu beitragen soll, die gymnasiale Ausbildung auf die künftigen Herausforderungen unserer Gesellschaft auszurichten, dienen die Thesen der Expertengruppe zur Vorbereitung des Projekts zur Aktualisierung des Rahmenlehrplans: «Kapitel II – Transversale Bereiche»⁹. Dieses Dokument sieht in Kapitel 7 Richtlinien für die politische Bildung vor. Die Kantone und die Schulleitungen der Gymnasien sind dafür zuständig, die erlassenen Richtlinien als offiziell zu erklären und für deren Anwendung zu sorgen.

Initiative «Berufsbildung 2030»

In der beruflichen Grundbildung gehört die politische Bildung zum allgemeinbildenden Unterricht. Im Rahmen der Initiative «Berufsbildung 2030» wird dieser Bereich geprüft und wenn nötig angepasst, gegebenenfalls gestützt auf die fünf oben genannten Thesen. In der Berufsmaturität sind die Thesen bereits weitgehend in die Rahmenlehrpläne integriert.

⁴ [Erklärung 2015.](#)

⁵ [Erklärung 2019.](#)

⁶ [Isabelle Stadelmann-Steffen, Daniela Koller und Linda Sulzer \(2015\): Politische Bildung auf Sekundarstufe II, eine Bilanz. Expertenbericht im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation \(SBFI\).](#)

⁷ [Thesen der Expertengruppe zur politischen Bildung auf Sekundarstufe II.](#)

⁸ www.matu2023.ch.

⁹ [Kapitel II – Transversale Bereiche.](#)

2.2 Bund

Legislaturplanung 2021–2023

Die Legislaturplanung 2021–2023 des Bundesrats verlangt in Artikel 8, Ziel 7, Ziffer 37 die Verabschiedung der Botschaft für die politische Bildung der jungen Generation unter Einbezug der Kantone. Dieser Punkt fällt in die Zuständigkeit des EDI (BSV).

2.3 Kantone

2.3.1 Best-Practice-Beispiele in der obligatorischen Schule

In der obligatorischen Schule stellen Partizipationsprojekte die häufigste Form von Projekten zur politischen Bildung dar. Durch Partizipationsprojekte können Kinder ihre direkte Umwelt mitgestalten oder zu Fragen, die sie bspw. im Schulkontext direkt betreffen, mitbestimmen.

Auf der Sekundarstufe I wird politische Bildung seltener im Rahmen von konkreten Schulprojekten gelernt. Partizipationsprojekte auf der Schulebene verlieren mit zunehmendem Alter der Jugendlichen an Bedeutung und werden durch partizipative Projekte bzw. Rollenspiele auf der kommunalen, kantonalen, regionalen oder nationalen Ebene abgelöst (vgl. bspw. Jugendparlament Berner Oberland, Jugendrat Spiez, Parlement des jeunes de la Ville de La Chaux-de-Fonds, Parlement des Jeunes de Morges, Jugendparlament Kanton Luzern, Schulen nach Bern¹⁰).

Im Folgenden werden Best-Practice-Beispiele in der obligatorischen Schule aus fünf Kantonen beschrieben, bei denen es sich allesamt um Partizipationsprojekte handelt.

Schülerinnen- und Schülerrat Bonaduz, Graubünden (Primar- und Sekundarstufe I)

Seit über zehn Jahren besteht in der Schule Bonaduz der SchülerInnenrat. Themen werden vorab im Klassenrat besprochen. In der Folge diskutieren Vertretende jeder Klasse die gesammelten Vorschläge im SchülerInnenrat. Konkrete Lösungen werden präsentiert, beraten und es wird gemeinsam ein Beschluss gefällt. In der Schlussrunde stellen Vertretende des SchülerInnenrats die Entscheide der ganzen Schule vor.

Ein konkretes Projekt aus dem SchülerInnenrat der Schule Bonaduz ist die «Rollsportanlage Bonaduz». Das Projekt startete als Vorschlag einer 5. Klasse, wurde im Rat diskutiert und mit grosser Begeisterung in der Schlussrunde präsentiert. Daraufhin erfolgte die Lancierung einer Petition und die Gründung einer Projektgruppe.¹¹ Das Projekt ist erfolgreich umgesetzt worden und im Frühling 2020 konnte die Rollsportanlage Bonaduz eröffnet werden.¹²

Kids-Rat der Schule Wauwil, Luzern (Primar- und Sekundarstufe I)

Das Schulhaus Linde 3 wurde bis im Sommer 2017 um einen Neubau erweitert, parallel hierzu sollten die Pausenplätze neugestaltet werden. Die Kinder und Jugendlichen der Schule Wauwil hatten im Rahmen der Projekte «Schul(t)räume – Schule Wauwil» und «Pausen(t)räume – Schule Wauwil» die Möglichkeit, bei der Gestaltung ihrer Pausen- und Schulräume aktiv mitzubestimmen.¹³

Das Projekt wurde in drei Stufen durchgeführt, im Rahmen derer sich die Schülerinnen und Schüler mit der Gestaltung des Neubaus auseinandersetzten. Mitte März 2016 fand ein Aktionstag statt, an dem unter Einbezug aller Klassen – vom Kindergarten bis zur dritten Sekundarklasse – die wichtigsten Ideen

¹⁰ [Jugendparlament Berner Oberland](#); [Jugendrat Spiez](#); [Parlement des jeunes de la Ville de La Chaux-de-Fonds](#); [Parlement des Jeunes de Morges](#); [Jugendparlament Kanton Luzern](#); [Schulen nach Bern](#).

¹¹ [Campus für Demokratie, Stiftung Dialog \(10. 09 2019\): Partizipation von jungen Menschen – Potential für die Gemeinde](#), und [Franz Gilgen, \(10. 09 2019\): Schülerinnen und Schülerrat Bonaduz.: «BestPractice in der Schule: Der Schülerinnen- und Schülerrat der Primarschule Bonaduz»](#).

¹² [Marcus Vontobel \(06 2020\): Rollsportanlage bereit – let's roll. Die Gemeinde Bonaduz aktuell, S. 1.](#)

¹³ [Drumherum Raumschule \(2016\): Schul\(t\)räume Wauwil](#).

und Wünsche gesammelt wurden.

Bzgl. Projekt Schul(t)räume fanden im Juni 2016 zwei Workshophalbtage statt, an denen die Vertretenden des Schülerinnen- und Schülerrates von der 5. bis zur 9. Klassenstufe die wichtigsten Themen im Modell vertieft und anschliessend präsentiert haben. Die beteiligten Projektgruppen waren die 5. & 6. Primarstufe sowie die 1. bis 3. Sekundarstufe. Insgesamt sieben Vertreterinnen und Vertreter des Schülerinnen- und Schülerrates bearbeiteten die Themen «Ausstattung», «Betonstruktur» und «Farbgestaltung des Erweiterungsbaus».¹⁴

Parallel fanden im Juni 2016 auch zwei Workshophalbtage mit Vertretenden des Schülerinnen- und Schülerrates aller Klassenstufen zur Gestaltung der Pausenräume statt. Es waren Projektgruppen von der Kindergartenstufe bis zur Sekundarstufe beteiligt.¹⁵

Der Kids-Rat hat seither verschiedene Projekte verwirklicht, so wurde bspw. das Schulhaus im Dezember 2020 weihnachtlich dekoriert und im April 2021 wurde ein Scooter-Parkplatz erstellt. Aktuell hat die Schule Wauwil im Rahmen der Überarbeitung des Siedlungsleitbildes von der Gemeinde Wauwil den Auftrag erhalten, mit den Kindern und Jugendlichen Ideen, Visionen und Wünsche zusammenzutragen und diese zu visualisieren. Die Ideen der Kinder und Jugendlichen werden dem Gemeinderat zur weiteren Verwendung überreicht.¹⁶

Just Community an der Primarschule Steiacher Brüttisellen, Zürich (Primarstufe)

An der Primarschule Steiacher Brüttisellen (ZH) dürfen die Kinder im Rahmen der Just Community zwei Mal im Jahr über Themen mitbestimmen, die die gesamte Schule betreffen. Ihre Mitspracherechte sind umfassender als bei Klassen- und Schülerräten, so können sie bspw. auch auf Abläufe und Reglemente Einfluss nehmen. Die Kinder können Ideen einbringen, müssen Kompromisse eingehen, versuchen, Mehrheiten für ihre Ideen zu gewinnen, stimmen ab und lernen so Grundprinzipien von demokratischen Prozessen kennen.

Die Vollversammlung der Just Community an der Primarschule Steiacher wird durch das Kinder-Organisationskomitee (Kinder-OK) mit je einem Kind von der 3. bis zur 6. Klasse sowie mit der Unterstützung von Lehrpersonen vorbereitet. Das Kinder-OK besucht in einem ersten Schritt alle Klassen und bittet die Schülerinnen und Schüler (SuS) sowie die Lehrpersonen, im Klassenrat Anliegen und Wünsche für die Just Community zu sammeln. Die Kinder des OK stellen ein ausgewähltes Thema dann den Lehrpersonen in der Schulkonferenz vor. Wenn diese den Vorschlag ablehnt, werden die Kinder über die Gründe informiert und gebeten, ein neues Thema zu finden. Ist der Vorschlag von der Schulkonferenz gutgeheissen worden, wird die Vollversammlung der Just Community einberufen. Sie tagt in der Turnhalle und besteht aus 30 altersdurchmischten Gruppen, wobei jede Gruppe eine Diskussionsleiterin bzw. einen Diskussionsleiter hat.

Das Thema wird an der Vollversammlung durch das Kinder-OK kurz vorgestellt und dann in den Gruppen diskutiert. Jede Gruppe arbeitet Vorschläge aus und hält diese auf einem Plakat fest. Ein Kind aus jeder Gruppe präsentiert die erarbeiteten Vorschläge der Vollversammlung. Die meistgenannten Vorschläge werden nach der Vollversammlung vom Kinder-OK auf ihre Machbarkeit geprüft. Das Kinder-OK entscheidet sich entweder aufgrund einer klaren Tendenz bereits definitiv für einen der Vorschläge oder es lässt die Klassenräte über verschiedene Varianten abstimmen. Die Mehrheit der Kinder aller Klassen entscheidet. Wenn die Entscheidung gefällt wurde, wird vom Kinder-OK ein Feinkonzept zur Umsetzung erarbeitet. Das Kinder-OK präsentiert den Vorschlag dann der Schulkommission, die ohne Anwesenheit der SuS darüber abstimmt. Eine allfällige Ablehnung wird begründet. Das Kinder-OK

¹⁴ ebd.

¹⁵ ebd.

¹⁶ [Schule Wauwil \(07.05.2021\): Schule Wauwil. Von Überarbeitung des Siedlungsleitbildes der Gemeinde Wauwil, Partizipation des Kids-Rates und Sek-Rates.](#)

würde ggf. den Vorschlag überarbeiten und an der nächsten Sitzung der Schulkommission erneut vorstellen. Sowohl die SuS als auch die Lehrpersonen sind nach der Annahme eines Vorschlags für die Umsetzung verantwortlich. Die SuS werden während des gesamten Prozesses von der Projektgruppe Just Community, also von Lehrpersonen, unterstützt.¹⁷ Die Just Community hat bereits verschiedene Projekte verwirklicht, so bspw. einen Pausenkiosk.¹⁸

Das Projekt wurde in einem Video «Demokratie in der Schule Steiacher» präsentiert, das 2018 unter der Leitung von Christian Wagner gedreht wurde.¹⁹

Just Community Schule Balainen, Bern (Primar- und Sekundarstufe I)²⁰

Die Schule Balainen sammelt seit 1999 Erfahrungen mit der Umsetzung von Just Community. Sie ist dabei in den ersten beiden Jahren von Prof. Fritz Oser und Prof. Wolfgang Althof der Universität Fribourg unterstützt worden. Die Just Community der Schule Balainen funktioniert wie folgt: Die Vollversammlungen finden ein bis zwei Mal pro Quartal statt. In den Klassen werden Themen vorbesprochen und Vorschläge erarbeitet. Alle zwei Wochen trifft sich der Vorbereitungsausschuss. Er bespricht die Vorschläge aus den Klassen und protokolliert seine Ergebnisse. Die Resultate werden den Klassen mitgeteilt. Der Vorbereitungsausschuss entscheidet darüber, welche Vorschläge der Vollversammlung vorgelegt werden, und ist für die Vorbereitung und Leitung der Vollversammlung zuständig.²¹

Ein Vermittlungsausschuss kommt ca. alle drei Wochen zusammen und behandelt diejenigen Fälle, die direkt an die Vertreterinnen und Vertreter desselben oder durch den SOS-Briefkasten eingebracht werden. Er entscheidet über Belohnungen und Sanktionen und kontrolliert die Umsetzung der gefällten Entscheide.²²

Just Community an der Primarschule Heiden, Appenzell Ausserrhoden (Primarstufe)

Eine Vorbereitungsgruppe, bestehend aus zwei Lehrpersonen und einem Kind aus jeder Klasse, bereitet die Versammlungen der Just Community an der Primarschule Heiden jeweils vor. Es werden Vorgespräche geführt, Probleme besprochen, Materialien organisiert und die Infrastruktur vorbereitet. In einem etwa dreiwöchigen Rhythmus wird eine Vollversammlung aller SuS und Lehrpersonen einberufen.²³ Dabei werden Themen diskutiert, entgegengenommen und anschliessend in altersdurchmischten Gruppen, unterstützt von je einer Lehrperson, beraten. Die Gruppen bereiten Lösungsvorschläge zuhanden der nächsten Vollversammlung vor. In der Vollversammlung werden die Vorschläge durch die verschiedenen Gruppen präsentiert und es wird darüber abgestimmt. Es liegt dann in der Verantwortung der Klassen und der Schulgemeinschaft, dass die Entscheide umgesetzt werden. Die Lehrerschaft übernimmt die Nachbereitung des Themas.²⁴

Die Just Community der Primarschule Heiden hat inzwischen folgende Beschlüsse gefasst:

- klassenübergreifender Schneetag
- Regeln für die Toilettenbenutzung
- Pausenkiosk
- In einem «Pausenkasten» werden für die Pause Spielsachen zur Verfügung gestellt. Die Klassen beschliessen an der Vollversammlung, Geld für zerstörte Spielsachen zu sammeln. Die Vollversammlung hat in der Folge auch darüber entschieden, welche Spielgeräte mit dem gesammelten Geld angeschafft werden sollen.²⁵

¹⁷ [Projektgruppe Just Community \(2016\): Konzept Just Community.](#)

¹⁸ [Primarschule Steiacher Brüttsellen \(2018\): Just Community Versammlung vom 27. März 2018.](#)

¹⁹ [Christian Wagner \(2018\): Demokratie in der Schule, \(Video\)](#)

²⁰ [Internet Seite der Schule Balainen.](#)

²¹ [Primarschule Balainen \(2019\): Just Community - Weg Balainen.](#)

²² ebd.

²³ [Hanspeter Hotz \(kein Datum\): Just Community – «Gerechte und fürsorgliche Schulgemeinschaft».](#)

²⁴ [Primarschule Heiden \(kein Datum\): Just Community - Gelebte Demokratie im Schulhaus.](#)

²⁵ ebd.

2.3.2 Best-Practice-Beispiele in der Sekundarstufe II

Auf der berufsbildenden Sekundarstufe II räumen die Rahmenlehrpläne für den allgemeinbildenden Unterricht (RLP ABU), der als Fach in allen Programmen der beruflichen Grundbildung verankert ist, der Entwicklung einer Bürgerkultur einen wichtigen Platz ein. So sollen die Lernenden «lernen einzuschätzen, welche Vorteile sich für sie aus einer politischen Beteiligung ergeben könnten, und mit welchen Mitteln sich dies umsetzen liesse»²⁶. In den Bildungsgängen der Berufsmaturität (BM) dient das Fach «Geschichte und Politik» der Vermittlung von Grundkenntnissen sowie der erforderlichen Kompetenzen, um politische Prozesse zu verstehen und sich eine Meinung zu politischen, kulturellen, sozialen oder wirtschaftlichen Fragen zu bilden. Zu den Bildungszielen gehört, dass die Lernenden später «als aufgeklärte Persönlichkeiten eine demokratische Kultur und pluralistische Gesellschaft»²⁷ mittragen.

Auf der allgemeinbildenden Sekundarstufe II beinhaltet der Rahmenlehrplan für die Maturitätsschulen²⁸ die Grundkompetenz «Mündig werden», die die Jugendlichen darauf vorbereiten soll, später ihre Bürgerrechte auszuüben und sich dank der Kenntnis der staatlichen Institutionen und einer aktiven Beschäftigung mit den Spielregeln und den Mechanismen der Politik in eine Gemeinschaft zu integrieren²⁹; der Geschichtsunterricht «eröffnet den Jugendlichen den Zugang zu den Begriffen Macht, Machtkontrolle und Teilnahme der Bürger und Bürgerinnen an der Macht im Staat»³⁰. An den Fachmittelschulen wird mit den überfachlichen Kompetenzen «die verantwortungsvolle, vorausschauende und selbstständige Teilnahme und Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben gefördert»³¹; mit dem Fach «Recht» wird dafür gesorgt, dass die Lernenden «die Grundpfeiler des Rechtsstaates erläutern und die Bedeutung der Grundrechte im nationalen und internationalen Zusammenhang erklären können»³².

Die Kantone und die Schulen der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Sekundarstufe II stützen sich bei der Erarbeitung ihrer Rahmenlehrpläne auf die Rahmenlehrpläne des Bundes für die Berufsbildung und der EDK für die allgemeinbildenden Ausbildungen. Neben dem Unterricht in den verschiedenen Fächern führen die Schulen der Sekundarstufe II im Bereich der politischen Bildung zahlreiche überfachliche Aktivitäten durch, losgelöst vom üblichen Unterricht, die von Lehrpersonen unterschiedlicher Fächer durchgeführt und in das lokale Umfeld der Schule eingebunden sind; dabei werden je nach Aktivität entweder alle Schülerinnen und Schüler einer Schule, alle Schülerinnen und Schüler einer Bildungsstufe oder auch Schülerinnen und Schüler verschiedener Bildungsstufen vereint.

Diese Aktivitäten fördern ein Erleben der Praxis des politischen und bürgerlichen Lebens und die Anwendung von in verschiedenen Fächern vermittelten Kompetenzen. Sie bieten häufig die Gelegenheit, mit schulexternen Partnern zusammenzuarbeiten, beispielsweise Verbänden, (jungen) Akteuren des politischen und gesellschaftlichen Lebens (Parteien, Verbänden, Stiftungen...); ausserdem sind sie eine Gelegenheit, an Projekten auf kantonaler, regionaler oder nationaler Ebene teilzunehmen. Die Schulen oder Kantone organisieren Ausbildungsmodulare, ausserordentliche Tage oder manchmal Wochen, um die Ausbildung ihrer Schülerinnen und Schüler oder Lernenden im Bereich der politischen Bildung zu fördern.

Im Folgenden einige Beispiele von laufenden Projekten in den Kantonen im Schuljahr 2020/2021:

In der Berner Wirtschafts- und Kaderschule wird einmal im Jahr jeweils im Frühjahr eine **Podiumsveranstaltung** zu einem politisch und gesellschaftlich relevanten Thema organisiert. Eine Geschichtslehrkraft befragt eine Fachperson als Gast (z. B. Reto Knutti, Professor für Klimaphysik an der ETH ZH). Danach melden sich die Lernenden mit eigenen Fragen.

²⁶ [Rahmenlehrplan für den allgemeinbildenden Unterricht, RLP ABU, BBT \(heute SBFI\), \(2006\), S. 15.](#)

²⁷ [Rahmenlehrplan für die Berufsmaturität, SBFI \(2012\), S. 110](#)

²⁸ [Rahmenlehrplan für die Maturitätsschulen, RLP für die Maturitätsschulen, EDK \(1994\).](#)

²⁹ ebd., S. 12.

³⁰ ebd., S. 71.

³¹ [Rahmenlehrplan für Fachmittelschulen, EDK \(2018\).](#)

³² ebd., S. 46.

Auch politische Parteien oder Ständeräte werden sehr oft zum Austausch mit Schülerinnen und Schülern eingeladen. In der **Kantonsschule Trogen (AR)** treffen sich alle Lernenden des zweiten Ausbildungsjahrs der Mittelschulabteilungen zu einem persönlichen Austausch mit den Vertretenden des Ständerates. Zwei tagespolitische Themen werden ausgewählt und in der vorangehenden Woche im Unterricht im Fach Wirtschaft und Recht vorbereitet, dann anschliessend mit einer Politikerin oder einem Politiker diskutiert. Auf dieser Weise können sich die Jugendlichen ein Bild der parlamentarischen Prozesse machen.

Politische Bildung wird auch durch die Inszenierung von Simulationsspielen, wie sie in der **Staatsbürgerlichen Woche (StaBüWo)**³³ an der Kantonsschule Frauenfeld (TG) organisiert werden, greifbar. Beim **Projekt** «Jugend macht Politik» werden fünf fiktive Parteien bzw. Fraktionen und ein Bundesrat gebildet, die einen eidgenössischen Parlamentsbetrieb simulieren. Es werden Wochenthemen sowie Vorstösse aus den Fraktionen diskutiert. Um die Arbeit so realistisch wie möglich ausführen zu können, werden die Mitglieder des simulierten Parlaments von Politikerinnen und Politikern sowie Fachleuten unterstützt. Sehr oft finden solche Parlamentsdebatten im Parlament statt. In der StaBüWo im Grossen Bürgersaal des Frauenfelder Rathauses. In der Kantonsschule Frauenfeld wird anschliessend die sachkompetenteste und überzeugendste Partei von einer Jury prämiert.

Durch verschiedene transdisziplinäre Veranstaltungen werden Schülerinnen und Schüler auch dabei unterstützt, ein besonderes Thema zu vertiefen, Argumente zu entwickeln und nach vielseitigen Debatten eine Position zu verabschieden. Das Jugendparlament zur Alpenkonvention (YPAC)³⁴ (Kantonsschule Trogen, Appenzell Ausserrhodens) bringt im Rahmen einer **Parlamentssimulation** zehn Schulen aus dem Alpengebiet zusammen, wobei verschiedene Postulate entwickelt und verabschiedet werden. Die teilnehmenden Jugendlichen erfahren auch auf diese Weise die parlamentarischen Prozesse und setzen sich direkt mit den politischen Themen auseinander.

Die Schülerinnen und Schüler der Luzerner Berufsmaturitätslehrgänge werden durch **Rollenspiele** zu ausgewählten Themen – in verschiedenen Bereichen wie z. B. Sozialwesen, Wirtschaft, Finanzen, Umwelt – oder Diskussionen über Staats- und Regierungsformen, Fragen an Mitglieder des Kantonsrats Luzern mit schriftlichen Antworten oder den Austausch mit Juristinnen und Juristen der Bundeskanzlei in politischer Bildung gefördert.

Der Verein **Discuss it**³⁵ hat auch während der Pandemie etwa 60 Podien (96 bereits organisiert) in einer «Discuss it Digital» durchgeführt. Engagierte Studierende und junge Berufsleute setzen sich in dem Verein für das politische Interesse von Jugendlichen und deren politische Bildung ein. Zu diesem Zweck bietet **Discuss it** Mittel- und Berufsfachschulen die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen und Abstimmungsvorlagen an. Mehrere Aargauer Schulen haben diese Angebote 2020/2021 genutzt. In der Technischen Berufsschule Zürich (TBZ) oder der Bau-gewerblichen Berufsschule Zürich (BBZ) erfolgt die Zusammenarbeit seit den letzten Jahren mit der Plattform, die Podiumsdiskussionen zu politischen Grundfragen, Wahlen und Abstimmungen organisiert und durchführt.

In der Westschweiz hat **easyvote**³⁶ **Erreur ! Référence de lien hypertexte non valide.** des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente den Föderalismuspreis der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit erhalten. Das Ziel von easyvote, das zu Beginn der 2000er-Jahre in Köniz lanciert und 2011 vom Dachverband Schweizer Jugendparlamente übernommen wurde, ist es, die Beteiligung von jungen Bürgerinnen und Bürgern am politischen Leben auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene zu fördern, zu begleiten und zu erleichtern. Dies geschieht über die Erstellung mehrsprachiger Informationsbroschüren, die neutral, aber in einer jungen und aktuellen Sprache leicht verständlich geschrieben sind und mithilfe von bereits über 530 von 2172 Schweizer Gemeinden verbreitet werden. Die Unterlagen

³³ [Simulationsspiele an der Kantonsschule Frauenfeld.](#)

³⁴ [Jugendparlament an der Kantonsschule Trogen.](#)

³⁵ [https://www.discussit.ch/.](https://www.discussit.ch/)

³⁶ [www.easyvote.ch.](http://www.easyvote.ch)

werden von Jugendlichen für Jugendliche verfasst und von Lehrkräften weithin verwendet, um in ihrer Klasse Abstimmungsvorlagen zu behandeln.

Jeunesse débat³⁷ will das Interesse von Jugendlichen der Sekundarstufe I und II für die demokratische Debatte wecken, ihnen rhetorische Mittel und die Bedeutung der Körpersprache näherbringen und vermitteln, wie sie sich eine eigene, auf solide Argumente abgestützte Meinung bilden können. Die Jugendlichen lernen, gute Debatten zu führen, ihren Standpunkt erfolgreich zu verteidigen und die Meinung anderer zu respektieren. Weiterbildungen für die Lehrpersonen, eine Methode zur Anwendung in der Klasse, Lehrmaterialien mit aktuellen thematischen Dossiers und ein nationaler Wettbewerb tragen dazu bei, die Jugendlichen auf die Beteiligung an Abstimmungen vorzubereiten und sind eine interessante Ergänzung zum Unterricht auf der Sekundarstufe.

Mit internationalen Prozessen und Institutionen können sich die Schüler auch auseinandersetzen, sowohl als Teilnehmende, Moderatorinnen und Moderatoren sowie als Gestaltende der Diskussionen. Am Sondertag **«Schweiz und Europa»** nehmen alle Lernenden des dritten Ausbildungsjahrs der Mittelschulabteilungen der Kantonsschule Troggen an einem jährlichen Sondertag «Schweiz und Europa» teil, der die Beziehung zwischen der Schweiz und Europa beleuchtet. Dieser Tag besteht aus einer Darstellung der Grundwerte und der Institutionen der EU und der Beziehung zwischen der Schweiz und Europa. Der zweite Teil dieses Tages, der aus einem Referat durch eine Vertreterin oder einen Vertreter eines EU-Landes und einer Diskussions- und Fragenrunde besteht, wird aktiv durch die Lernenden mitgestaltet und mitmoderiert.

In Freiburg organisieren die Gymnasien St-Michel, Ste-Croix, Gambach und du Sud gemeinsam die **«Student's United Nations Educational and Cultural Organisation» (SUNESCO)**, die die Generalversammlung der Vereinten Nationen simuliert. Die Durchführung dieser Versammlung, die jährlich im Mai an zwei Tagen stattfindet, motiviert die Schülerinnen und Schüler, sich für das internationale politische Geschehen, die Diplomatie und die Erweiterung ihrer Kenntnisse in dem Bereich zu engagieren. Dabei müssen die Schülerinnen und Schüler Erklärungen im Zusammenhang mit dem aktuellen Weltgeschehen und den Themen der UNO (Frieden und Sicherheit, Menschenrechte, Völkerrecht, nachhaltige Entwicklung und humanitäre Hilfe) ausarbeiten.

Im Kanton Luzern schlägt das Projekt **Nation Finding** einen Vergleich der Staatenbildung der Schweiz mit der Entstehung der US-Demokratie vor. Dazu werden jährlich *Expert Talks* oder *Live Virtual Tours* organisiert oder *US politics* digital zugeschaltet. Der Unterricht wird in zwei Sprachen abgehalten.

Im Kanton Waadt erhielten mit dem Projekt **Toutes 1' Histoire** alle Klassen des Kantons die Möglichkeit, über die Rolle und den Platz der Frauen 2019 zu diskutieren und anschliessend mit einem Smartphone ein einminütiges Video zu drehen. Dies regte über 1500 Jugendliche dazu an, über Geschlechterungleichheiten zu debattieren, Ungleichbehandlungen anzuprangern, mit Klischees aufzuräumen und Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. In diesem Kontext wurden über 100 qualitativ hochwertige Videos realisiert.³⁸ Die entsprechende Webseite schlägt ausserdem mögliche Aktivitäten zur Frage der Geschlechtergerechtigkeit für Lehrpersonen und ihre Klassen oder Unterrichtseinheiten vor, insbesondere in Form von Videosequenzen, die von Schülerinnen und Schülern in der obligatorischen Schule oder nachobligatorischen Ausbildungen (Gymnasien und Berufsfachschulen) erstellt wurden.

2.4 Zivilgesellschaft

In diesem Kapitel wird exemplarisch lediglich eine umfangreiche Initiative im Bereich der politischen Bildung vorgestellt, auch wenn die Zivilgesellschaft in diesem Bereich sehr aktiv ist. Im Anschluss an

³⁷ <https://yes.swiss/fr/programmes/la-jeunesse-debat>.

³⁸ <https://toutes1histoire.ch/>.

den Aufruf der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) hat der Campus für Demokratie³⁹ den Tag der Demokratie ins Leben gerufen, der in der Schweiz am 15. September 2021 erstmals stattfand. Der Prozess wurde im März 2021 mit einer Botschaft des Bundespräsidenten Guy Parmelin angestossen.⁴⁰ An diesem Tag der Demokratie vom 15. September fanden auf lokaler Ebene zahlreiche Aktivitäten und Aktionen statt. Diese wurden ausgehend von Leitsätzen⁴¹ von öffentlichen Verwaltungen und politischen Institutionen, von Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen oder Bürgerinitiativen vorbereitet und durchgeführt. Ziel des Tages ist unter anderem eine politische Bildung im Sinne der *Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung*⁴², die auf die Ausbildung und praktische Anwendung von Kompetenzen und Verhaltensweisen setzt, die die Demokratie fördern und bewahren. Künftig soll jedes Jahr ein solcher Tag eingeplant werden.

2.5 International

Im Bericht 2021 «*Situation de la démocratie, des droits de l'homme et de l'état de droit – Un nouveau démocratique pour l'Europe*»⁴³ hebt die Generalsekretärin des Europarats in Kapitel 8 zur demokratischen Beteiligung die Bedeutung der politischen Bildung hervor. Sie verweist diesbezüglich auf den «*Reference Framework of Competences for Democratic Culture*»⁴⁴, einen Referenzrahmen, der sich an die Verantwortlichen der Bildungspolitik richtet. Dieser Rahmen schlägt einen systematischen Ansatz für den Aufbau der Lehre, des Lernens und der Bewertung von Kompetenzen für eine Kultur der Demokratie vor.

Wie in Kapitel 2.3 erwähnt hat die UNO den Internationalen Tag der Demokratie ins Leben gerufen. Die Schweiz hat sich dieser Bewegung angeschlossen und will den Tag in den nächsten Jahren etablieren.

³⁹ Der Campus für Demokratie wurde von der Stiftung Dialog in Kooperation mit der Neuen Helvetischen Gesellschaft gegründet, um schweizweit politische Bildung und politische Partizipation voranzutreiben und so die Demokratie zu stärken; www.campusdemokratie.ch.

⁴⁰ [Botschaft des Bundespräsidenten Guy Parmelin zum Kick-off des Internationalen Tages der Demokratie.](#)

⁴¹ [Leitsätze zur Lancierung von Projekten über den Campus für Demokratie.](#)

⁴² Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung. *Recommendation CM/Rec (2010) 7 to Member States on the Council of Europe Charter on Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education*, [Empfehlung CM/Rec\(2010\)7](#), verabschiedet vom Ministerkomitee des Europarats am 11. Mai 2010, und zugehörige Begründung, Strassburg (2010), S. 7. Der in diesem Kontext verwendete Begriff «Lernende» beschränkt sich nicht auf die Berufsbildung. Er schliesst lernende Personen aller Bereiche und aller Bildungsstufen ein.

⁴³ <https://rm.coe.int/rapport-annuel-sq-2021/1680a264a3>.

⁴⁴ Die drei Bände und eine Zusammenfassung können auf der Internetseite des Europarates heruntergeladen werden (Englisch, Französisch).

3 Anhänge

3.1 Anhang 1

Text des Postulats

16.4095 Postulat

Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz

Eingereicht von: Caroni Andrea

Einreichungsdatum: 15.12.2016

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, eine umfassende Strategie zur politischen Bildung zu entwickeln. Ziel ist es, die politische Mitwirkungskompetenz der gesamten Bevölkerung langfristig zu erhalten und zu fördern.

Begründung

Die starken demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger sind eine tragende Säule unseres Landes. Damit sich möglichst viele Menschen in unserer Demokratie einbringen können, muss die Mitwirkungskompetenz der Gesamtbevölkerung laufend gestärkt und gefördert werden, namentlich in einem sich verändernden Umfeld (Digitalisierung, abnehmende Bindungskraft traditioneller Institutionen, zunehmende Leuchtturmwirkung eidgenössischer Wahlen und Abstimmungen usw.).

Der Bundesrat hat zwar in den Antworten auf verschiedene Vorstösse bereits einige Einzelaspekte der politischen Bildung in der Schweiz sektoriell beleuchtet, so anlässlich der Vorstösse Aubert 13.3751 (Staatskunde Sek. II), Reynard 14.3470 (Stimmrechtsalter 16), Masshardt 14.4267 (institutionelle und finanzielle Aspekte), Masshardt 15.4023 (Berufsbildung), Amherd 16.3833 (Staatskunde Sek. I) und Müller Damian 16.3780 (Milizsystem).

Es fehlen aber zum einen zentrale Teilbereiche wie die Erwachsenenbildung im Sinne des lebenslangen politischen Lernens.

Vor allem aber fehlt eine zusammenhängende Gesamtschau der nationalen Landschaft politischer Bildung. Eine solche würde eine kohärente nationale Strategie für die politische Bildung ermöglichen und dabei Schnittstellen, Lücken und mögliche Synergien und Weiterentwicklungen im Sinne eines wirkungsorientierten Zielsystems (wie es in anderen Politikfeldern bereits besteht) aufzeigen.

Die mit dem Bericht zu entwickelnde Strategie soll neben der schulischen politischen Bildung aller Stufen auch die ausserschulische politische Bildung und auch die Erwachsenenbildung umfassen. Nebst dem aktuellen Zustand, den Zielen und den Handlungsfeldern sind auch allfällig nötige Anpassungen der rechtlichen Grundlagen darzustellen. Dabei soll sich der Bericht nicht nur an den bestehenden Instrumenten aller Stufen orientieren, sondern auch neue Ansätze und Organisationsformen aufzeigen und dabei auch von den Erfahrungen anderer Länder profitieren.

Stellungnahme des Bundesrates vom 15.02.2017

In den erwähnten Vorstössen zur politischen Bildung in der Schweiz betonte der Bundesrat stets, wie wichtig ihm die politische Partizipation der Bevölkerung und die entsprechende Bildung sind.

Bund und Kantone setzen sich für die politische Bildung gemäss ihrer «Erklärung 2015 zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen für den Bildungsraum Schweiz» ein. Sie integrierten das Thema in die (Rahmen-)Lehrpläne der Primarstufe und der Sekundarstufen I und II. Der Bund stellt zudem ein kostenloses Leitprogramm zur Publikation «Der Bund kurz erklärt» zur Verfügung und unterstützt damit die Lehrkräfte direkt im Unterricht. Der Bericht vom Juni 2016 zur Erfüllung des Postulates Aubert 13.3751 zeigt denn auch auf, dass der Staatskundeunterricht an den Mittel- und Berufsfachschulen grundsätzlich

gut verankert ist. Der Bundesrat und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) haben dennoch zum Ziel, bei künftigen Revisionen der Lehrpläne auf nationaler Ebene die staatskundlichen Bildungsinhalte weiter zu konkretisieren und die Lehrpersonen für die Nutzung der Lehrpläne zu sensibilisieren. Die Bereitschaft der EDK zur Mitwirkung ist dafür zentral, da die Kantone gemäss Artikel 62 Absatz 1 der Bundesverfassung für weite Teile des Bildungswesens verantwortlich sind.

Basierend auf dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG) unterstützt der Bund zudem Träger-schaften und Projekte im ausserschulischen Bereich zur Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen, wie z. B. den Dachverband Schweizer Jugendparlamente und die eidgenössische Ju-gendsession. Weiter betreiben Bund, Kantone und Gemeinden diverse Informationsportale (ch.ch, Civi-campus, Erklär mir das Parlament, Juniorparl). Die vom Bundesrat konzessionierte SRG SSR trägt mit ihren Sendungen zur politischen Meinungsbildung der Bevölkerung bei. Über politische Rechte im All-gemeinen informiert «Der Bund kurz erklärt». Zudem legt der Bundesrat Wert auf eine klare Präsen-tation der Inhalte eidgenössischer Abstimmungsvorlagen.

Für die nichtformale politische Erwachsenenbildung gilt das Weiterbildungsgesetz. Das Weiterbildungs-gesetz (Webig; SR 419.1) postuliert, dass der einzelne Mensch die Verantwortung für seine Weiterbil-dung trägt (Art. 5 Abs. 1 Webig). Bund und Kantone tragen in Ergänzung zur individuellen Verantwor-tung dazu bei, dass sich Personen ihren Fähigkeiten entsprechend weiterbilden können (Art. 4 Bst. a Webig). Sie nehmen grundsätzlich keinen Einfluss auf die Inhalte. Ein inhaltliches Engagement des Bundes in diesem Bereich wäre ein Eingriff in die Autonomie der Bildungsanbieter. Es würde einen Aufbau bürokratischer Strukturen mit finanziellem und personellem Mehraufwand mit sich bringen.

Die schulischen und ausserschulischen Initiativen mit Ziel politische Bildung sind vielfältig und werden vom Bund (mit)gesteuert. Hinzu kommt, dass die Stimmbeteiligung sich bei eidgenössischen Volksab-stimmungen seit 35 Jahren nicht verändert hat und auf einem Niveau von rund 40 Prozent bewegt.

Der Bund wird sich mit seinen verfügbaren Ressourcen weiterhin für die Förderung der Mitwirkungs-kompetenz der Bevölkerung einsetzen. Angesichts der angespannten Haushaltlage investiert der Bun-desrat die Ressourcen jedoch lieber in konkrete Massnahmen als in einen weiteren Bericht.

Antrag des Bundesrates vom 15.02.2017

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

Entscheid des Ständerates vom 06.03.2017

Annahme des Postulates.

3.2 Anhang 2

Anhang des Berichtes «Politische Bildung in der Schweiz - Gesamtschau» (Aktualisierung September 2021)

Zusammenfassende Darstellung der Förderung von **Fachbereichen mit Schnittstellen zur Politischen Bildung und Bildung für die nachhaltige Entwicklung** durch den Bund (Stand September 2021).

Die Darstellung erfolgt nach Zuständigkeiten der Departemente.

Legende

OS: Obligatorische Schule

Sek II: Sekundarstufe II (Gymnasium, Berufsbildung und Berufsmaturität)

Tertiär: Höhere Berufsbildung (Berufsprüfung, Höhere Fachprüfung und Höhere Fachschule), Hochschulen (Pädagogische Hochschule, Fachhochschulen und Universität/ETH)

All. Pub: Allgemeines Publikum; informelle und nichtformale Weiterbildungen⁴⁵ für alle Altersklassen

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)						
Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Staatssekretariat	- Grossprojekt zum Thema Global Citizenship Education im non-formalen und informellen Bildungsbereich der Schweiz, umgesetzt durch Schweizerische UNESCO-Kommission und Partnerorganisationen ⁴⁶ .	Citizenship bedeutet, sich politisch einzubringen und teilzuhaben, Global Citizenship heisst, dass Herausforderungen von globaler Relevanz durch gesellschaftliches Engagement angegangen werden. Global Citizenship Education (GCED) wird deshalb als politische Bildung mit globaler Perspektive verstanden. ⁴⁷				X

⁴⁵ Im Sinne des Bundesgesetzes über die Weiterbildung vom 20 Juni 2014 (SR 419.1) ist die nichtformale Bildung die strukturierte Bildung ausserhalb der formalen Bildung (obligatorische Schule, Sekundarstufe II und Tertiärstufe) und die informelle Bildung sind die Kompetenzen, die ausserhalb strukturierter Bildung (Kurse mit Lehrkräften) erworben worden sind.

⁴⁶ Projekt befindet sich noch in der Lancierungsphase. Weitere Informationen auf Anfrage.

⁴⁷ <http://www.unesco.ch>.

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Staatssekretariat	- Projektausschreibung für die Umsetzung von kleineren Projekten zur Bekanntmachung von Global Citizenship Education	Die Schweizerische UNESCO-Kommission lancierte 2020 eine Projektausschreibung für kleinere Projekte zum Thema «Global Citizenship Education in non-formalen und informellen Feldern mit Bezug zur Corona-Thematik». Die insgesamt fünf Projekte zeigen auf, inwiefern Global Citizenship Education neue Denk- und Handlungsansätze bietet und somit einen Beitrag leistet zur Bewältigung der Pandemie, die gesundheitliche, soziale und ökonomische Folgen hat.				X
	- Vorträge & Workshops bei diversen Institutionen zum Thema Global Citizenship Education	Die Schweizerische UNESCO-Kommission hält Vorträge und organisiert Workshops zur Bekanntmachung von Global Citizenship Education. Unter anderem organisiert/e sie 2020 und 2021 Workshops zum Thema im Rahmen der eidgenössischen Jugendsession der SAJV.				X
	- Policy Brief «Global Citizenship Education (GCED). Aktive Bürger*innenschaft durch politische Bildung mit globaler Perspektive in non-formalen und informellen Feldern» (2019, Schweizerische UNESCO-Kommission)	Der Policy Brief klärt kurz und bündig, was unter Global Citizenship Education (GCED) zu verstehen ist, warum GCED Sinn macht, weshalb der non-formale und informelle Bildungsbereich ein besonderes Potenzial hat für die Stärkung und wozu GCED einen Beitrag leisten kann ⁴⁸ .				X
	- Jährliche Konferenz «Plattform Bildung 2030»	Mit der «Schweizer Plattform Bildung 2030» möchte die Schweizerische UNESCO-Kommission einen regelmässigen Austausch unter den diversen Akteuren ermöglichen und Vernetzungen unterstützen, um Synergien für die erfolgreiche Umsetzung der Bildungsagenda 2030 in der Schweiz zu schaffen. Regelmässig werden Themen im Zusammenhang mit der politischen Bildung behandelt, u. a. an der jährlichen Konferenz 2021 zum Thema «Digital Citizenship Education in all ihren Facetten» ⁴⁹				X
Politische Direktion PD	- Publikation der aussenpolitischen Zeitschrift Politorbis	Politorbis richtet sich an ein breitgefächertes, an aussenpolitischen Fragen interessiertes Publikum innerhalb und ausserhalb der Bundesverwaltung.				X

⁴⁸ <http://www.unesco.ch> oder [Publikation](#).

⁴⁹ [Tagung am 22. September 2021](#).

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Politische Direktion PD	- Aktivitäten der Sektion Menschenrechtspolitik der Abteilung Menschliche Sicherheit zum Thema Menschenrechtsbildung	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterbildungskurs für Angestellte der Bundesverwaltung zum Thema Menschenrechte. - Unterstützung der Menschenrechtsfilmfestivals in Genf, Zürich und Lugano, die Menschenrechtsbildung für Sekundar-, Gymnasial- sowie Berufsschülerinnen und -schüler anbieten. - Fachliche Beiträge an Workshops und Weiterbildungsanlässen von Schweizer NGO wie z. B. Amnesty International Schweiz und Swisspeace. - Unterstützung der Informationsplattform humanrights.ch, eines Projekts des Vereins Humanrights.ch/MERS. 				X
	- Master in Mediation	Die ETH Zürich hat in Zusammenarbeit mit dem EDA im November 2017 den Master of Advanced Studies ETH Mediation in Peace Processes lanciert. Der Studiengang ist auf die Mediation in Friedensprozessen bei internationalen politischen Konflikten ausgerichtet.			X	
	- Peace Mediation Course PMC	Der PMC ist ein zweiwöchiger vertiefter Kurs zu Mediation, der seit 2008 vom EDA organisiert wird. Er ist zu einer wichtigen jährlichen Veranstaltung für hochqualifizierte Ausbilderinnen und Ausbilder sowie schweizerische und internationale Praktikerinnen und Praktiker geworden, die ihr Verständnis von Mediation vertiefen und die zum guten Ablauf eines Friedensprozesses benötigten Kompetenzen, Kenntnisse und Haltungen erwerben wollen.			X	X

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Politische Direktion PD	- Religion and Mediation Course RMC	Der von der ETH Zürich und dem EDA organisierte RMC ist ein spezialisiertes Training für Mediatorinnen und Mediatoren, Friedensfördererinnen und -förderer, politische Entscheidungsträger und andere Interessierte, die im Bereich der Lösung gewalttätiger Konflikte mit starken religiösen Komponenten arbeiten. Durch den Kurs sollen die Teilnehmenden ihr Verständnis für das Zusammenspiel von Religion und Politik in gewalttätigen politischen Konflikten vertiefen.				X
Direktion für Europäische Angelegenheiten DEA	- Europa-Seminare: Ausbildungsprogramm zur Vertiefung der Kenntnisse von Bundes- und Kantonsangestellten.	Ziel der Seminare ist es, die zentralen Herausforderungen der Europäischen Integration zu erläutern und den Teilnehmenden ein theoretisches und praktisches Wissen zu vermitteln, das ihnen bei Problemstellungen in ihrem beruflichen Alltag weiterhilft.				X
Direktion für Völkerrecht DV	- Themenbereich Kinderrechte und Terrorismus	- Erarbeitung eines Handbuchs und von Schulungsunterlagen zum Umgang mit Kindern, die sich terroristischen Gruppierungen angeschlossen haben, durch das United Nations Office on Drugs and Crime UNODC. - Durchführung regionaler Schulungsanlässe durch das International Institute for Justice and the Rule of Law für Richterinnen, Staatsanwältinnen, Polizistinnen und Behörden des Strafvollzugs auf der Grundlage des Neuchâtel Memorandum über gute Praktiken der Jugendstrafjustiz in der Terrorismusbekämpfung.			X	X
	- International Holocaust Remembrance Alliance IHRA	Die Schweiz präsierte 2017 die IHRA. Dabei hat das EDA verschiedene Projekte in der Schweiz unterstützt, deren Ziel es ist, die im Rahmen von Ausstellungen sowie reellen und virtuellen Begegnungen mit Holocaust-Überlebenden das Wissen über und die Erinnerung an den Holocaust zu erhalten.				X

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA	- Project Humanity – Lehrmittel und Schulprojekt zum Thema Werteorientierte Bildung – der nächsten Generation Zugang zu humanitären Prinzipien und Werten verschaffen	In Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Zug wurde ein vom Schweizerischen Roten Kreuz, der International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies sowie dem International Committee of the Red Cross unterstütztes Schulprojekt lanciert, das es jungen Menschen erlauben soll, ihr Interesse für die humanitären Prinzipien zu wecken.	X			
	- Jahreskonferenzen, Sensibilisierungsmassnahmen und Vorträge an öffentlichen Schulen, Gymnasien, Fachhochschulen und Universitäten zu Themen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe	Themen: Ostzusammenarbeit, Südzusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Migration, Flucht, Rolle der DEZA im globalen Migrationsdialog, globale Ernährungssicherheit, nachhaltige Nahrungsmittelsysteme, Wasserfussabdruck, Wasserrisiko, globale Gesundheit, Agenda 2030 und Ziele für nachhaltige Entwicklung SDG, Rolle der Schweiz in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.				X
	- DEZA-Magazin «Eine Welt» ⁵⁰	Das kostenlose Magazin «Eine Welt» erscheint viermal im Jahr und bietet Einblicke in Entwicklungsländer aus ungewohnten Perspektiven. Es soll der Bevölkerung erlauben, die Hintergründe, Probleme und Chancen einer engagierten internationalen Zusammenarbeit kennenzulernen. Das Magazin informiert regelmässig über wichtige Entwicklungsthemen und nimmt zu aktuellen Fragen Stellung.				X
	- DEZA-Newsletter ⁵¹	Der DEZA-Newsletter erscheint alle zwei Monate und enthält aktuelle Informationen zur Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe der Schweiz.				X
	- Unterstützung von éducation21, dem nationalen Kompetenzzentrum für Bildung für nachhaltige Entwicklung.	Siehe Beschreibung am Ende der Tabelle	X			

⁵⁰ [Publikation "Eine Welt".](#)

⁵¹ [DEZA Newsletter.](#)

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA	- Projekte und Programme in Entwicklungs- und Schwellenländern	<ul style="list-style-type: none"> - Politische Bildung ist auch ein Aspekt verschiedener Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland, beispielsweise in Gouvernanzprogrammen oder für den Umgang mit globalen Herausforderungen wie Wasser und Klima. - Im Rahmen ihres Engagements für demokratische Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung fördert die DEZA mehrjährige Programme für politische Bildung in der Ukraine, in Moldawien und in Kosovo. Dazu kommen Programme zur Unterstützung der Arbeit von Parlamenten, beispielsweise via eine Zusammenarbeit mit den Schweizer Parlamentsdiensten, wobei die Partnerländer vom Schweizer Wissen im Bereich politischer Bildung profitieren (z. B in Mazedonien). - Das Globalprogramm Klimawandel der DEZA hat mit dem United Nations Institute for Training and Research UNITAR für Entwicklungsländer nationale Lernstrategien zum Thema Klimawandel erarbeitet, um diese Thematik in Lehrpläne einzubauen. - Online-Einführungskurs Klimawandel: Über die Webseite von UNITAR wird mit Unterstützung der DEZA zudem ein 6-teiliger Online-Einführungskurs zum Klimawandel angeboten⁵². - Das Globalprogramm Wasser unterstützt Jugendliche und junge Berufstätige bei Sensibilisierungsmassnahmen zur Wasserthematik und fördert deren Fähigkeit, sich im politischen Dialog zu Wasserthemen einzubringen, beispielsweise im Rahmen des European Youth Parliament for Water. - Die DEZA hat das Konzept Blue School mitentwickelt, das zum Ziel hat, bei Schulkindern Wissen zum Wasserzyklus und zum schonenden Umgang mit Wasserressourcen zu fördern. 				X

⁵² <https://www.unclearn.org/>

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)						
Fachstelle für Rassismusbekämpfung FRB	- Finanzhilfen an Bildungsprojekte in Schulen zu den Themen rassistische Diskriminierung und Menschenrecht	Die FRB leistet seit 2001 Finanzhilfen an Bildungsprojekte in Schulen zu den Themen rassistische Diskriminierung und Menschenrechte. Die Stiftung <i>éducation21</i> ist die zentrale Anlaufstelle für die Themen Antirassismus- und Menschenrechtsbildung. Sie initiiert, begleitet und evaluiert die von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung unterstützten Projekte im schulischen Bereich. Die Projekte behandeln Themen wie den Umgang mit Fremden, Ausgrenzungsmechanismen, Zivilcourage, den Holocaust sowie Diskriminierung und Rassismus im Alltag.	X			
Bundesamt für Gesundheit BAG	- Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (Unterstützung von <i>éducation21</i> , dem nationalen Kompetenzzentrum für BNE)	Siehe Beschreibung am Ende der Tabelle	X			
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV	- Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung	Das BLV hat – aufbauend auf bestehenden Materialien – die Erarbeitung von Unterrichtsvorschlägen für Lehrpersonen zum Thema gesunde, ausgewogene und nachhaltige Ernährung finanziert. Die Arbeiten hatten zum Ziel, die Ernährungsbildung in der Schule und im Unterricht zu optimieren und damit einen Beitrag zur BNE zu leisten.	X			

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)	- Finanzhilfen gemäss dem Kinder- und Jugendförderungs-gesetz (KJFG) zur Unterstützung der ausserschulischen Arbeit und damit zur Förderung der Beteiligung und der sozialen, kulturellen und politischen Integration von Kindern und Jugendlichen	Die Politik der Kinder- und Jugendförderung unterstützt die Entwicklung, die Beteiligung und die Autonomie von Kindern und Jugendlichen. Bei der Umsetzung kann Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe g BV angewendet werden, wonach Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu selbstständigen und sozial verantwortlichen Personen gefördert und in ihrer sozialen, kulturellen und politischen Integration unterstützt werden. Die Hauptakteure dieser Politik sind die Jugendverbände und -organisationen sowie die Kantone und Gemeinden. Ihre Aktivitäten, Angebote und Dienstleistungen, beispielsweise auch Projekte der politischen Beteiligung auf Bundesebene, können mit Finanzhilfen gemäss KJFG unterstützt werden.				X ⁵³
	- Koordination der Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention in der Schweiz und Finanzhilfen im Rahmen des Kredits «Kinderrechte»	Der Bund setzt sich dafür ein, die UNO-Kinderrechtskonvention besser bekannt zu machen und die Umsetzung dieser Konvention zu koordinieren. 2021 hat der Bundesrat entschieden, Organisationen zu unterstützen, die die Aus- und Weiterbildungsakteure für Kinderrechte sensibilisieren. Dies geschieht über Finanzhilfen, die während fünf Jahren ausgerichtet werden (Schwerpunkt 2022–2026).				X
	- Nationale Plattform Jugend und Medien zur Förderung der digitalen Kompetenzen	Im Auftrag des Bundesrates verfolgt die Plattform Jugend und Medien das Ziel, dass Kinder und Jugendliche sicher und verantwortungsvoll mit digitalen Medien umgehen. Dazu zeigt sie ihnen sowohl die Chancen als auch die Risiken im Zusammenhang mit solchen Instrumenten auf. Die Informationen und Empfehlungen der Plattform richten sich in erster Linie an die Eltern und Betreuungspersonen, aber auch an Lehrpersonen und Fachleute, damit diese die Kinder und Jugendlichen im Medienalltag begleiten können.				X

⁵³ Zielgruppe des KJFG: in der Schweiz wohnhafte Kinder und Jugendliche, vom Schuleintrittsalter bis 25 Jahre (30 Jahre für junge Menschen, die innerhalb einer privaten Organisation eine freiwillige Funktion übernehmen).

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)						
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung SIR	- Einführungsveranstaltungen im SIR	Veranstaltung für Studierende aller Rechtsfakultäten und teilweise auch andere Gruppen u. a. zu den Themen Gesetzgebungsprozesse ausländischer Rechtssysteme im Allgemeinen und der Rolle der Rechtsvergleichung im Besonderen.			X	
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)						
Generalsekretariat VBS	- Jugendbefragungen ch-x	Die aus den 1854 eingeführten Rekrutenbefragungen hervorgegangene Jugendbefragung, die ein Set von gleichbleibenden Kernindikatoren umfasst, unter welchen unter anderem auch Bildung und Politik figurieren.				X
Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS	- Alertswiss als Informationsplattform (www.alert.swiss)	Auf Alertswiss fliessen verschiedene relevante Informationen zu Ereignissen in der Schweiz zusammen. Die Alertswiss-Website bietet eine Plattform für Themen rund um die Vorsorge und das Verhalten bei Katastrophen und Notlagen u. a. mit dem Ziel der Förderung der Wahrnehmung von individueller und gesellschaftlicher Verantwortung gemäss Art. 6 BV («Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei»).				X
	- Ausbildung von Zivilschutz-Instruktor/innen, Zivilschutz-Offizier/innen und Mitgliedern von zivilen Führungsorganen	Die Ausbildung beinhaltet u. a. die Schweizerische Sicherheitspolitik, Aufgaben und Einsatz der Partnerorganisationen im Bevölkerungsschutz sowie die Rechtsgrundlagen zur Bewältigung von Katastrophen und Notlagen.			X	
	- Informationen und Ausbildung betreffend Integrales Risikomanagement im Bevölkerungsschutz, nationale und kantonale Risikoanalyse, Schutz kritischer Infrastrukturen	Broschüren und Vorträge für Schulen und interessiertes Publikum	X			X

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS	- Kulturgüterschutz (KGS)	Sensibilisierung der Zielgruppen für die Bedeutung und den Schutz der Kulturgüter in der Schweiz. Mit der Darstellung des KGS-Inventars im Geoportal des Bundes ⁵⁴ können Gefährdungen/Risiken visualisiert werden, die Kulturgüter bedrohen (Gefahrenkarten, Erdbebenkarte usw.), aber auch das Potenzial für Kulturgut im touristischen Bereich kann damit aufgezeigt werden (Kombination mit Wanderland, Veloland usw.). Mögliche Querverbindungen zu swisstopo (siehe unten, www.sCHoolmaps.ch), EDA (Humanitäres Völkerrecht, DEZA-Einsätze u. a. auch für zerstörte Kulturgüter nach Naturkatastrophen), EDI (Weltkulturerbe) usw.				X
Bundesamt für Landestopografie swisstopo	- Plattform www.sCHoolmaps.ch ⁵⁵	Lehrpersonen entwickeln zusammen mit Fachexpertinnen und -experten von swisstopo sowie Fach- und Mediendidaktikerinnen und -didaktikern Unterrichtsettings mit Einbezug des Kartenviewers des Bundes (map.geo.admin.ch) und nutzen diese in der Praxis. Kooperationspartner: Bundesamt für Kommunikation BAKOM, Beratungsstelle Digitale Medien in Schule und Unterricht – imedias der Pädagogischen Hochschule Fachhochschule Nordwestschweiz, Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin CIIP, Haute Ecole Pédagogique des cantons de Berne, du Jura et de Neuchâtel, Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana, lokale Partnerorganisationen im schulisch-didaktischen Bereich.		X		

⁵⁴ <https://map.geo.admin.ch/?topic=kgs>.

⁵⁵ www.sCHoolmaps.ch.

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Verteidigung, Kommando Ausbildung, Ausbildungsvor- gaben und Steuer- ung	- Orientierungstag für Stellungs- pflichtige	Stellungspflichtige werden über ihre Rechte und Pflichten zu ihrer bevor- stehenden Militärdienstpflicht und über die Instrumente der Sicherheits- politik informiert.				X
	- Allgemeine Grundausbildung im Grundausbildungsdienst in Rek- rutenschulen und Kadernschulen	Rekruten, Unteroffiziere und Offiziere werden im Grundausbildungsdienst in folgenden politischen Bereichen ausgebildet (Pflichtausbildung): Schweizerische Sicherheitspolitik, Rechtsgrundlagen für den Einsatz der Armee, Ethik / Rechtskunde / Kriegsvölkerrecht, Extremismus, Diversity- management, Umgang mit Minderheiten in der Bevölkerung bzw. in der Schweizer Armee, Polizeibefugnisse der Truppe und Wachtdienst.			X	
	- Ausbildung an der Militärakade- mie MILAK für angehende Be- rufsoffiziere (Bachelor of Arts ETH in Staatswissenschaften)	Angehende Berufsoffiziere absolvieren als Grundausbildung den 3 ½-jäh- rigen Bachelor-Studiengang Staatswissenschaften. Ziel des Studienganges ist es, die angehenden Berufsoffiziere zu befähigen, ihre Führungs- funktionen auf umfassende Kenntnisse staats-, sozial- und militärwissenschaftlicher Disziplinen abzustützen. Themen im Bereich der politischen Bildung: Rechtliche Grundlagen der Sicherheitspolitik, Schweizer und Internationale Sicherheitspolitik, Völkerrecht, Politikwis- senschaft und Internationale Beziehungen, Europäische Politik, Schweizer Aussenpolitik, Cyber im internationalen Umfeld.			X	
Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)						
Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV	- Informationen und Ausbildung betreffend das schweizerische Steuersystem und die Mitwir- kungspflichten im Steuerwesen	Broschüren und Vortragsservice an Schulen.	X			
Eidgenössische Zollverwaltung EZV	- Berufliche Aus- und Weiterbil- dung (Basisausbildung) Fach- spezialist Zoll und Grenzsicher- heit mit eidgenössischem Fachausweis	Im Rahmen der Basis- und Weiterbildungen werden fachspezifisch u. a. die folgenden Themen behandelt: Aufgaben und Organisation EZV, Grundlagen des Rechts, Aufbau Rechtsstaat, Internationale Abkommen, Menschenrechte / Berufsethik.	X	X		

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)						
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBF1	- Unterstützung der Kooperation zwischen der Pädagogischen Hochschule Luzern und der Gedenkstätte Yad Vashem, Jerusalem	Durchführung von Seminaren an der Gedenkstätte Yad Vashem für angehende Lehrpersonen. Thema: Behandlung des Holocausts im Unterricht.			X	
	- Allgemeinbildender Unterricht auf Sekundarstufe II für alle beruflichen Grundbildungen	Die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung vermittelt grundlegende Kompetenzen zur Orientierung in der Gesellschaft. Im Rahmenlehrplan für den allgemeinbildenden Unterricht sind Bildungsziele im Lernbereich Gesellschaft festgelegt zur Förderung der Kompetenzen zu den Aspekten Politik, Recht, Ethik und Nachhaltige Entwicklung. Bei der Behandlung der Themen ergänzen sich die verschiedenen Aspekte und erlauben einen interdisziplinären Zugang unter verschiedenen Blickwinkeln.		X		
	- Berufsmaturität	Im Berufsmaturitätsunterricht wird politische Bildung primär im Ergänzungsfach Geschichte und Politik vermittelt. Gemäss dem entsprechenden Rahmenlehrplan erhalten dadurch Lernende eine historische Orientierung, um sich im laufenden Prozess der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung zu situieren. Vermittelt wird weiter das Grundwissen, um politische Prozesse zu verstehen, die Wechselbeziehung zwischen Politik und Medien zu erkennen und die persönliche Meinungsbildung zu fördern.		X		

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI	- Gymnasiale Maturität	Die Gymnasien sind im Rahmen der Förderung der vertieften Gesellschaftsreife der Maturandinnen und Maturanden (Bildungsziel gem. Art. 5 MAR/MAV) ⁵⁶ dazu angehalten, zur politischen Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung beizutragen. Im Projekt «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität» ⁵⁷ WEGM wollen Bund und Kantone unter anderem auch die Vergleichbarkeit der Kompetenzen im Bereich der politischen Bildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken. Hierzu wird vorgeschlagen, diese und weitere Themen im Bereich der gegenwärtigen und künftigen gesellschaftlichen Herausforderungen künftig unter dem Begriff «transversale Themen» fest in MAR/MAV zu verankern. Eine Vernehmlassung / Anhörung der revidierten MAR/MAV ist für 2022 geplant.		X		
	- Nachhaltige Entwicklung in der Berufsbildung ⁵⁸	Die Abschlüsse der beruflichen Grundbildung und der höheren Berufsbildung berücksichtigen Neuentwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Bei der Neu- oder Weiterentwicklung der Qualifikationsprofile fliessen die Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung berufsspezifisch mit ein. Unter der Dimension «Gesellschaft» werden Aspekte wie Chancengleichheit und -gerechtigkeit, Nichtdiskriminierung und Partizipation als Elemente der beruflichen Kompetenzen behandelt.		X	X	
	- Nachhaltige Entwicklung in den Schweizer Hochschulen.	Mit projektgebundenen Beiträgen gemäss Art. 59 HFKG ⁵⁹ unterstützt der Bund Programme und Projekte von gesamtschweizerischer hochschulpolitischer Bedeutung. Die Programme und Projekte werden je hälftig durch den Bund und durch die Hochschulen finanziert. Eine Übersicht über die entsprechenden Massnahmen ist auf der Webseite von swissuniversities ⁶⁰ zu finden.				X

⁵⁶ Maturitäts-Anerkennungsreglement und Maturitäts-Anerkennungsverordnung vom 15. Februar 1995.

⁵⁷ [Projekt Matu2023](#).

⁵⁸ [Orientierungshilfe Nachhaltige Entwicklung](#), SBFi (Dezember 2020).

⁵⁹ Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich, SR 414.20.

⁶⁰ <https://www.swissuniversities.ch> > Themen > Hochschulpolitik > Nachhaltigkeit.

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBF1	- Unterstützung des Projekts «Nachhaltige Entwicklung an Schweizer Hochschulen - Studierendenprojekte (U Change)» mit projektgebundenen Beiträgen (PGB). » ⁶¹	U-Change: Dabei handelt es sich um ein Programm, das Hochschulstudierende bei der Durchführung von Projekten zur nachhaltigen Entwicklung unterstützen soll, und zwar nach dem Prinzip «von Studierenden für Studierende». Alle Hochschultypen (UH, FH, PH) sind eingeschlossen. Das Programm wurde in der BFI-Periode 2017–2020 erstmals durchgeführt und wird nun für 2021–2024 verlängert, wobei die Akademien der Wissenschaften Schweiz für die Koordination zuständig sind. Geplant sind thematische Tage, Workshops, Runde Tische und insbesondere eine Jahreskonferenz, der Sustainable University Day.			X	
	- PGB-finanziertes Programm SUDAC «swissuniversities Development and Cooperation Network» ⁶²	SUDAC: Das Programm unterstützt die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen schweizerischen Hochschultypen und ihren Partnern im Süden, um ein exzellentes Bildungs-, Forschungs- und Innovationsniveau in Bezug auf die weltweiten Herausforderungen zu erreichen. Damit soll langfristig ein Netzwerk zwischen den verschiedenen Institutionen aufgebaut werden. Das Programm arbeitet mit Partnern wie der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE), der Höheren Fachschule für Technik Mittelland (HFTM) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zusammen. Es wurde ebenfalls in der BFI-Periode 2017–2020 erstmals durchgeführt und wird 2021–2024 weitergeführt. Für die Koordination ist swissuniversities zuständig.			X	
	- Als Träger des ETH-Bereichs erwartet der Bundesrat gemäss den strategischen Zielen für den ETH-Bereich für die Jahre 2021–2024 explizit, dass dieser in seinen Studiengängen einen interdisziplinären Ansatz sowie kritisches Denken fördert.	Der Bundesrat legt die strategischen Ziele für den ETH-Bereich für jeweils vier Jahre fest. Sie sind zeitlich und inhaltlich auf den Zahlungsrahmen des Bundes abgestimmt. Die strategischen Ziele sind übergeordneter Natur und lassen dem ETH-Bereich bei der Umsetzung einen operativen Spielraum.			X	

⁶¹ Projekt: [u-change](#) und [Sustainable University Day](#).

⁶² Programme SUDAC: [P6-SUDAC](#).

Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Öff.
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBF1	- Universität Bern: Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung (IZFG). Das IZFG arbeitet an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis. Es forscht aus einer Geschlechterperspektive zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen und formuliert praxisrelevante Empfehlungen. Das IZFG ist zudem Teil des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR). ⁶³	Aktuelle Schwerpunktthemen: <i>Gender & Development, Menschenrechte & Diskriminierung, Arbeit & Laufbahn, Gleichstellungspolitik, Postkolonialismus, Emanzipatorische Bewegungen, Feministische Theorie, Armut & Prekarität sowie Care.</i>			X	
Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)						
Zuständige Stelle	Aktivitäten	Bemerkungen	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub
Bundesamt für Umwelt BAFU Bundesamt für Energie BFE Bundesamt für Raumentwicklung ARE	- Unterstützung von éducation21, dem nationalen Kompetenzzentrum «Bildung für Nachhaltige Entwicklung».	Siehe Beschreibung am Ende der Tabelle	X			

Education21 ist das Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Schweiz. Ihr Ziel ist, dass Kinder und Jugendliche in Schule und Unterricht Kompetenzen erwerben, die sie zu einer aktiven, kritisch reflektierenden Beteiligung an einer Nachhaltigen Entwicklung befähigen. Education 21 ist eine Fachagentur der EDK und wird vom Bund mitgetragen. Éducation 21 unterstützt in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit schulinternen und -externen Akteuren die praxisorientierte Verankerung, Umsetzung und Weiterentwicklung von BNE in der Schule im Sinne eines Lern-, Lebens- und Arbeitsortes. Sie stellt für Lehrpersonen u. a. für die Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) Inhalte zusammen und bereitet diese in Form von Themendossiers auf. Education 21 ist zudem für die Koordination des nationalen Schulnetz21 zuständig. Das Schulnetz21 umfasst Schulen, die eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Entwicklung verfolgen und BNE in Schule und Unterricht verankern.

⁶³ [Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung, Universität Bern.](#)

3.3 Anhang 3

Liste der parlamentarischen Vorstösse im Bereich politische Bildung und Demokratiebildung (2010–2021)

Jahr	Titel	Stand	Dokumentation
2010	Interpellation Riklin Kathy Die politische Bildung auch an den Berufsschulen stärken	Erledigt	2001, Studie Citizenship and Education
2011	Anfrage Rennwald Jean-Claude Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen und der Migrantinnen und Migranten verbessern	Erledigt	
2012	Anfrage Gross Andreas Behebung demokratischer Defizite	Erledigt	
2013	Interpellation Aubert Josiane Bildungsverordnung 2012. Kein Staatskundeunterricht mehr für Lehrlinge und Gymnasiasten?	Erledigt	
2013	Postulat Aubert Josiane Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe II. Eine Bilanz	Abgeschrieben	2015, Expertenbericht 2016, Bericht des Bundesrates 2019, Thesen der Expertengruppe
2013	Postulat Reynard Mathias Die Jugendsession stärken	Abgeschrieben	
2013	Postulat Masshardt Nadine Stärkung der politischen Bildung	Erledigt	2006, Abstract Studie: Geschichte und Politik
2014	Postulat Reynard Mathias Stimmrechtsalter 16 und Förderung politischer Bildung	Erledigt	
2014	Motion Amherd Viola Förderung des Projektes «Schulen nach Bern»	Erledigt	
2014	Interpellation Masshardt Nadine Kommt die politische Bildung im Lehrplan 21 zu kurz?	Erledigt	
2015	Interpellation Reynard Mathias Staatskundeunterricht und Berufslehre. Wer die Allgemeinbildung fördert, fördert nicht auch die politische Bildung	Erledigt	
2015	Postulat Masshardt Nadine Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse	Erledigt	
2016	Interpellation Amherd Viola Mitverantwortung des Bundes bei der Förderung der politischen Bildung	Erledigt	
2016	Postulat Caroni Andrea Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz	Abgeschrieben	2018, Bericht des Bundesrates
2016	Postulat Reynard Mathias Politische Partizipation der Jugendlichen. Die politische Bildung verstärken und eine Senkung des Stimmrechtsalters prüfen	Erledigt	
2017	Parlamentarische Initiative Mazzone Lisa Stärkung der Demokratie. Politische Rechte ab 16 Jahren	Erledigt	2017, Kommissionsbericht

2017	Postulat Seiler Graf Priska Easyvote in allen Gemeinden	Erledigt	
2019	Postulat Bendahan Samuel Finanzielle Mittel, die ursprünglich für die elektronische Stimmabgabe vorgesehen waren, sollen zur Förderung der politischen Beteiligung junger Menschen verwendet werden.	Erledigt	
2019	Parlamentarische Initiative Arslan Sibel Den jungen Menschen eine Stimme geben. Aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige als erster Schritt ins aktive politische Leben	Folge gegeben	2020 Kommissionsbericht
2020	Bundesbeschluss über die Legislaturplanung 2019–2023 Artikel 8 Ziel 7 Ziffer 37 Die Schweiz stärkt den Zusammenhalt der Regionen und fördert die Verständigung der unterschiedlichen Kulturen und Sprachgruppen. Zur Erreichung des Ziels 7 sollen folgende Massnahmen ergriffen werden: ³⁷ Verabschiedung der Botschaft für die politische Bildung der jungen Generation unter Einbezug der Kantone		
2021	Parlamentarische Initiative Masshardt Nadine Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse	Im Rat noch nicht behandelt	

3.4 Literaturverzeichnis

- Campus für Demokratie, Stiftung Dialog (10.09.2019): *Partizipation von jungen Menschen – Potential für die Gemeinde*. Von https://campusdemokratie.ch/wp-content/uploads/2019/09/Eventbericht_Graubünden_DE.pdf.
- Drumherum Raumschule (2016): *Pausen(t)räume Schule Wauwil*. Von «Pausen(t)räume Schule Wauwil»: [https://www.schulewauwil.ch/app/download/13568175834/Pausen\(T\)räume%20Nov.%202017.pdf?t=1516203830](https://www.schulewauwil.ch/app/download/13568175834/Pausen(T)räume%20Nov.%202017.pdf?t=1516203830).
- Drumherum Raumschule (2016): *Schul(t)räume Schule Wauwil*. Von «Schul(t)räume Schule Wauwil»: <https://www.schule-wauwil.ch/app/download/13408314334/Schul-T-räume.pdf?t=1516204231>.
- EDK (1994): *Rahmenlehrplan für die Maturitätsschulen, RLP für die Maturitätsschulen*, Bern.
- EDK (2018). *Rahmenlehrplan für Fachmittelschulen*, Bern.
- Gilgen, F. (10.09.2019): *Schülerinnen und Schülerrat Bonaduz: "BestPractice in der Schule: Der Schülerinnen- und Schülerrat der Primarschule Bonaduz"*. Von https://campusdemokratie.ch/wp-content/uploads/2019/09/2_Best-Practice-in-der-Schule_10.09.19.pdf.
- Hotz, H. (kein Datum): *Just Community – "Gerechte und fürsorgliche Schulgemeinschaft"*. Von <https://www.schule-heiden.ch/public/upload/assets/1626/JustCommunityH.Hotz.pdf>.
- Primarschule Balainen (2019): *Just Community - Weg Balainen*. Von https://schulebalainen.ch/storage/docs/content_standard/11/de/CeFNEqQuUQSMmvmnuKgVzxyKThT77FOe79jMG7OO.pdf.
- Primarschule Heiden (kein Datum): *Just Community - Gelebte Demokratie im Schulhaus*. Von <https://www.schule-heiden.ch/dorf-primarschule/projekte/just-community.html/50>.
- Primarschule Heiden (kein Datum): *Just Community. Gelebte Demokratie in der Schule*. Von <https://www.schule-heiden.ch/public/upload/assets/1635/FlyerJC.pdf>.
- Primarschule Steiacher Brüttisellen (2018): *Just Community Versammlung vom 27. März 2018*. Von https://www.steiacher.ch/unsere_Schule/Archiv/JC_27_03_18/JC_27_03_18_home.htm.
- Projektgruppe Just Community (2016): *Konzept Just Community*. Von https://steiacher.ch/unsere_Schule/abc/Just%20Community-Konzept_V3.pdf.
- SBFI (2006): *Rahmenlehrplan für den allgemeinbildenden Unterricht, RLP ABU*, Bern.
- SBFI (2012): *Rahmenlehrplan für die Berufsmaturität*, Bern.
- SBFI (2018): *Politische Bildung in der Schweiz - Gesamtschau, Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4095, Andrea Caroni, 15.13.2016*, Bern.
- SBFI (2019): *Thesen der Expertengruppe zur Politischen Bildung auf Sekundarstufe II*, Bern.
- Schule Wauwil (07.05.2021): *Schule Wauwil*. Von «Überarbeitung des Siedlungsleitbildes der Gemeinde Wauwil, Partizipation des Kids-Rates und Sek_rates»: <https://www.schulewauwil.ch/über-uns/partizipation-1/kids-rat-und-sek-rat/>.
- Stadelmann-Steffen, I. und Koller, D. und Sulzer, L. (2015): *Politische Bildung auf Sekundarstufe II. Eine Bilanz, Expertenbericht im Auftrag des Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation, SBFI*, Bern.
- Vontobel, M. (06.2020): *Rollsportanlage bereit – let's roll. Die Gemeinde Bonaduz aktuell*, S. 1. Von https://bonaduz.ch/data/upload/bonaduz/Dateien/01_Ueber-Bonaduz/Aktuelles/Bonaduz%20aktuell/Bonaduz_aktuell_06-2020.pdf.

4 Glossar

Abkürzung	Bedeutung
ABU	Allgemeinbildender Unterricht
AMS	Abteilung Menschliche Sicherheit (des EDA)
ARE	Bundesamt für Raumentwicklung
BAG	Bundesamt für Gesundheit
BAKOM	Bundesamt für Kommunikation
BBG	Bundesgesetz über die Berufsbildung
BFE	Bundesamt für Energie
BFU	Bundesamt für Umwelt
BLV	Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
BNE	Bildung Nachhaltige Entwicklung
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
CIIP	Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (Erziehungsdirektorenkonferenz der Westschweiz und des Tessins)
DEA	Direktion für europäische Angelegenheiten (des EDA)
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (des EDA)
DSJ	Dachverband Schweizer Jugendparlamente
DV	Direktion für Völkerrecht (des EDA)
EBGB	Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EKM	Eidgenössische Migrationskommission
ESTV	Eidgenössische Steuerverwaltung
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EZV	Eidgenössische Zollverwaltung
FHNW	Fachhochschule Nordwestschweiz
FRB	Fachstelle für Rassismusbekämpfung
GCED	Global Citizenship Education
GPCCE	Global Programme Climate Change and Environment
GPW	Global Programme Water
GS	Generalsekretariat
HEP BEJUNE	Haute école pédagogique des cantons de Berne, du Jura et de Neuchâtel (Pädagogische Hochschule der Kantone Bern, Jura und Neuenburg)
HF	Höhere Fachschule
HFKG	Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich, SR 414.20
HFTM	Höhere Fachschule für Technik Mittelland
IFRC	Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften

Abkürzung	Bedeutung
IJJ	International Institute for Justice and the Rule of Law
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IHRA	International Holocaust Remembrance Alliance
IZFG	Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern
KFPE	Kommission für Forschungspartnerschaft mit Entwicklungsländern
KJFG	Bundesgesetz über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen
MAS	Master of Advanced Studies
MILAK	Militärakademie
NEZI	Netzwerk Erst-, Zweit- und Interkultur (der Pädagogischen Hochschule Zürich)
NGO	Nichtregierungsorganisation
OdA	Organisation der Arbeitswelt
PD	Politische Direktion (des EDA)
PMC	Peace Mediation Course
RMC	Religion and Mediation Course
SBFI	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
SDG	Sustainable Development Goals
SEM	Staatssekretariat für Migration
SIR	Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
SKMR	Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte
SNF	Schweizerischer Nationalfonds
SR	Systematische Rechtssammlung
SRK	Schweizerisches Rotes Kreuz
SUDAC	swissuniversities Development and Cooperation Network
SUPSI	Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana
UN CC: Learn	One UN Climate Change Learning Partnership
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNITAR	United Nations Institute for Training and Research
UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
UZH	Universität Zürich
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
VSH	Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden
WBF	Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
WEGM	Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität
YASS	Young Adult Survey Switzerland
ZDA	Zentrum für Demokratie Aarau